

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Fachkräftesituation in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, über die gegenwärtige Situation der Fachkräfte in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft in Thüringen zu berichten. Insbesondere ist auf folgende Schwerpunkte einzugehen:
 - Rolle der Gesundheits- und Sozialwirtschaft im Thüringer Wirtschaftsgefüge;
 - Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Gesundheits- und Sozialwirtschaft in Thüringen;
 - perspektivische Fachkräfteentwicklung in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, ausgehend von der Studie "Fachkräfteentwicklung in der Thüringer Gesundheits- und Sozialwirtschaft" des Instituts für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena;
 - Bereiche in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, in denen die Fachkräftesituation besonders prekär ist;
 - die Einkommenssituation und das Lohnniveau in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft;
 - Ursachen für die Entwicklung der Fachkräftesituation;
 - Auswirkungen der Fachkräftesituation auf die soziale Infrastruktur;
 - Entwicklung der einzelnen Berufsbilder in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft und Situation bei deren Ausbildung;
 - Stand der Arbeit der Thüringer Steuerungsgruppe zur Fachkräftesicherung in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft.

- II. Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert,
 1. bis Ende 2011 ein Konzept zur Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft zu erarbeiten;
 2. sich für die Anerkennung ausländischer und inländischer Berufs- und Studienabschlüsse, insbesondere im medizinisch pflegerischen Bereich einzusetzen;
 3. sich im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens für eine entsprechende Ausbildung und Entlohnung der Fachkräfte einzusetzen und verbindliche Standards festzuschreiben;
 4. folgende Lösungsansätze zur Erhöhung der Fachkräftesituation in der häuslichen Pflege zu prüfen:
 - Finanzierung des dritten Umschulungsjahres zur Pflegefachkraft,
 - Möglichkeiten zur verkürzten berufsbegleitenden Ausbildung von langjährig in der Pflege tätigen Personen als Pflegefachkraft, wie z. B. Heilerziehungspfleger oder Familienpfleger,

- eine Bundesratsinitiative zur Veränderung der derzeitigen Finanzierung der Ausbildungsvergütung, welche gegenwärtig nur zur Lasten der zu Pflegenden in Ausbildungseinrichtungen geht,
- Anerkennung von Qualifikationen zugewanderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Pflegebereich.

Begründung:

Ausgehend von der Studie "Fachkräfteentwicklung in der Thüringer Gesundheits- und Sozialwirtschaft" des Instituts für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena werden in der gesamten Thüringer Gesundheits- und Sozialwirtschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre rund 22 300 Fachkräfte und innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 43 500 Fachkräfte benötigt.

Im Zuge der demografischen Entwicklung wird das Angebot an Fachkräften in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft zurückgehen, der Bedarf der Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen aber eine immer größere Rolle spielen.

Die Schere zwischen der Anzahl der Personen, die pflegebedürftig sind, und der Anzahl derer, die einer Erwerbstätigkeit - und damit auch in den Berufen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft - nachgehen, wird damit bedingt durch die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge immer weiter aufgehen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollen die Berufsbilder in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft attraktiv gehalten und neue Bewerberschichten für diesen Beruf erschlossen werden. Es bedarf folglich eines Konzeptes zur Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft.

Für die Fraktion:

Blechschmidt